

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
 Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen
 in der Bundesrepublik Deutschland

Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 36, 5. August 2010

Hitze lässt Preise kalt

Der Juli 2010 war mit einer Durchschnittstemperatur von gut 20 Grad besonders warm. Während die Hitzewelle aber etwa den Getränkeherstellern ein dickes Absatzplus im Vergleich zum Vorjahr bescherte, rechnet der Bauernverband mit Ernteausfällen zwischen 10 und 30 Prozent. Entsprechend sorgen sich viele Kunden, dass z. B. die Preise für Brot steigen könnten. Diese Bedenken sind jedoch weitgehend unbegründet. So entfällt vom Preis, den die Verbraucher für ein Brötchen bezahlen, nicht mehr als 1 Cent auf das verwendete Mehl. Und eine Unterversorgung mit Back-

waren ist schon deshalb nicht zu befürchten, weil die Getreidesilos nach der ertragreichen Saison 2009 gut gefüllt sind. Außerdem lässt es der hart umkämpfte Markt für Lebensmittel häufig gar nicht zu, steigende Produktionskosten an die Konsumenten weiterzugeben. Die Preise für Kartoffeln etwa sind aufgrund des hohen Wettbewerbsdrucks auch nach den besonders heißen Sommern 2002, 2003 und 2006 nicht über den allgemeinen Trend hinaus in die Höhe geschnellt. Kleiner Wermutstropfen: Wem es auf die Größe der Knolle ankommt, der wird dieses Jahr wohl etwas enttäuscht.

In dieser Woche

Erdgas: In Deutschland spielt Erdgas als Energieträger eine zunehmend wichtige Rolle. Oft wird dabei jedoch übersehen, dass immerhin fast 16 Prozent des Bedarfs in der Bundesrepublik aus heimischen Quellen gedeckt werden können. Seite 2

Der Arbeitsmarkt: Wer eine gute Ausbildung hat, ist in fast allen Ländern der Europäischen Union vor Arbeitslosigkeit weitgehend gefeit. Vor allem Hochschulabsolventen sind selten ohne Job: Unter den Akademikern herrscht faktisch Vollbeschäftigung. Seite 3

Soziale Marktwirtschaft: Die Krise hat das System der Sozialen Marktwirtschaft auf die Probe gestellt. Doch das Zusammenspiel von Politik, Unternehmen und Sozialpartnern hat funktioniert. So wurden in vorbildlicher Weise Rahmenbedingungen für den sich abzeichnenden Aufschwung geschaffen. Seite 4-5

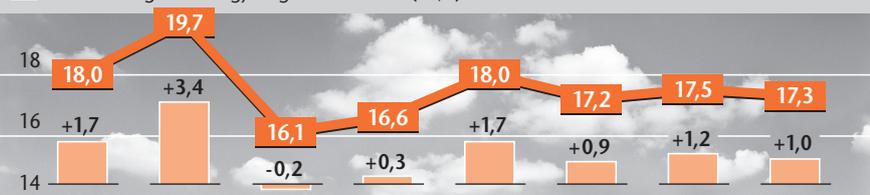
Radiofrequenz-Identifikation: Die hiesige RFID-Wirtschaft wird 2010 voraussichtlich rund 1,4 Milliarden Euro umsetzen. Damit ist das Geschäftsvolumen seit 2005 um durchschnittlich 9 Prozent pro Jahr gewachsen. Seite 6

Kindergartengebühren: Seit 2008 sind die durchschnittlichen Elternbeiträge deutlich gesunken. Mittlerweile verlangen von den 100 bevölkerungsreichsten Städten bereits neun für ihre städtischen Einrichtungen gar keine Kindergartengebühren mehr. Seite 7

Ideenmanagement: Beim betrieblichen Ideenmanagement geht es für ein Unternehmen nicht nur darum, Kosten zu sparen oder Produktionsabläufe zu verbessern. Das Instrument ist auch eine wichtige Motivationshilfe für die Mitarbeiter. Seite 8

Kartoffeln: Wetterfühlige Knollen

Jeweiliger Temperaturmittelwert für die Monate Juni, Juli, August in Grad Celsius
 Abweichung vom langjährigen Mittelwert (16,3)



Geerntete Spätkartoffeln in Tonnen pro Hektar



Verbraucherpreise für Speisekartoffeln 2005 = 100



Quellen: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Statistisches Bundesamt, Deutscher Wetterdienst

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Erdgas

Energie aus der Tiefe

Nord Stream, South Stream, Nabucco – unter anderem diese Riesenpipelines sollen Europa künftig mit Erdgas versorgen. Auch in Deutschland spielt Gas als Energieträger eine immer wichtigere Rolle. Oft wird dabei jedoch übersehen, dass immerhin fast 16 Prozent des Bedarfs in der Bundesrepublik aus heimischen Quellen gedeckt werden.

Während für South Stream, einer geplanten Erdgas-Pipeline von Russland durch Südeuropa, gerade erst die Verträge unterzeichnet wurden, ist beim nördlichen Pendant Nord Stream bereits der erste Unterwasserstrang durch die Ostsee im Bau. Durch diese Rohre soll bald russisches Erdgas auch nach Deutschland strömen.

Der Bedarf für die neuen Pipelines ist zweifellos vorhanden. Denn insgesamt betrachtet ist der Gasverbrauch in Deutschland in den vergangenen beiden Jahrzehnten deutlich gestiegen (Grafik): Nach einem Höhepunkt im Jahr 2006 lag er zuletzt immer noch 24 Prozent über dem Wert von 1991. Die Wirtschaftskrise hat zwar auch den Gasanbietern einen Dämpfer verpasst, aber der vergangene

lange Winter dürfte ihnen wieder steigende Umsätze beschert haben.

Im Jahr 2009 stammten hierzulande fast 22 Prozent der verbrauchten Energie aus Erdgas. Anfang der 1990er Jahre waren es gerade einmal gut 15 Prozent.

Besonders in der Stromproduktion ist der Rohstoff aus der Tiefe immer begehrt geworden. Hier hat sich der Gasanteil zwischen 1990 und 2009 von 6,5 auf 12,9 Prozent fast verdoppelt. Ein Grund dafür: Gaskraftwerke springen oft ein, um die Schwankungen der ebenfalls stark wachsenden erneuerbaren Energien auszugleichen.

Wichtig ist Erdgas aber vor allem für die Hausheizung. Fast jede zweite Wohnung in Deutschland wird mit Erdgas geheizt. Die klassische Ölheizung gibt es nur noch in 30 Prozent der Wohnungen, Fernwärme kommt auf 12,5 Prozent. Im Neubau spielte Erdgas lange Zeit eine beinahe dominante Rolle. Vor einem Jahrzehnt wurden fast vier von fünf Neubauwohnungen mit Gas beheizt. Heute ist es immer noch jede Zweite.

Das meiste in Deutschland verbrauchte Gas wird importiert. Die Hälfte stammt

aus Europa – aus Norwegen, den Niederlanden, Dänemark und Großbritannien, ein Drittel aus Russland.

Auch in Deutschland selbst gibt es Erdgasvorkommen, überwiegend im Norden der Republik – rund 95 Prozent der Quellen befinden sich in Niedersachsen. Schleswig-Holstein steuert 3,5 Prozent bei, der Rest entfällt im Wesentlichen auf Sachsen-Anhalt. Die beiden Freistaaten Thüringen und Bayern fördern zwar auch Erdgas, allerdings aufgrund der geologischen Strukturen nur Kleinstmengen. Unterm Strich stammen knapp 16 Prozent des hierzulande verbrauchten Erdgases aus eigenen Quellen. Damit wird heute etwa so viel Energie aus deutschem Erdgas gewonnen wie aus heimischer Steinkohle.

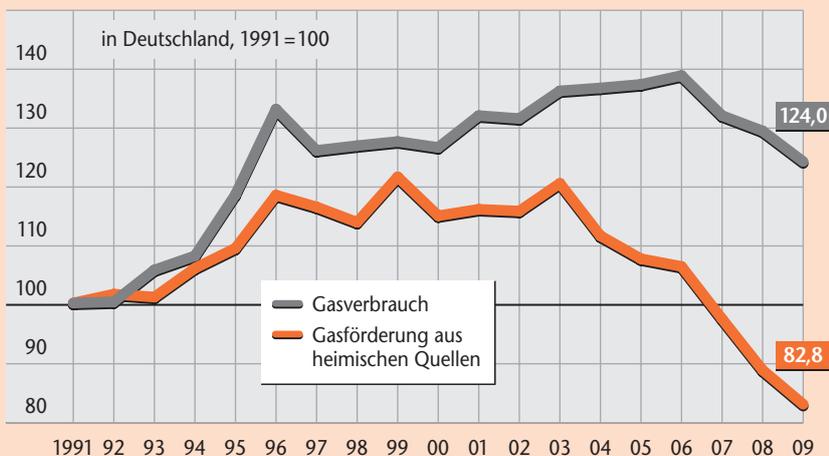
Allerdings ist der inländische Beitrag zur Gasversorgung kontinuierlich zurückgegangen. So lag er im Jahr 2009 nur noch bei 15,6 Prozent und damit fast 8 Prozentpunkte unter dem Wert von 1991. Diese Entwicklung vollzog sich in zwei Phasen:

1. Steigender Verbrauch: Lange Zeit ist der inländische Gasverbrauch schneller angestiegen als die heimische Förderung. So wurden von 1991 bis 2003 gut 20 Prozent mehr Erdgas aus den hiesigen Vorkommen gezapft – während der Verbrauch gleichzeitig um 36 Prozent zulegen.

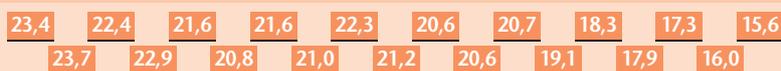
2. Sinkende Förderung: Seit dem Jahr 2003 ist die Erdgasförderung in Deutschland Jahr für Jahr zurückgegangen – bis 2009 um fast ein Drittel. Schon 2007 rutschten die geförderten Mengen unter das Niveau von 1991. Gleichzeitig haben Privathaushalte und Unternehmen ihren Gaskonsum nur vergleichsweise wenig reduziert.

Für die Zukunft ist damit zu rechnen, dass die Gasförderung in Deutschland weiter zurückgeht, obgleich die Reserven noch für eine Reihe von Jahren ausreichen. Eine Vielfalt von Lieferanten und Lieferwegen ist damit umso wichtiger, denn nur so ist eine sichere Versorgung mit Erdgas gewährleistet.

Gas: Auch aus heimischen Quellen



Anteil der inländischen Gasförderung am Verbrauch in Prozent



Urspungsdaten: BP

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Akademiker: Meist krisenfeste Jobs



Wer eine gute Ausbildung hat, ist vor Arbeitslosigkeit weitgehend gefeit – und das fast überall in Europa. Vor allem Hochschulabsolventen sind selten ohne Job: Unter den Akademikern herrscht faktisch Vollbeschäftigung.

Ob Dänemark oder Deutschland, Frankreich oder Finnland: In allen Ländern der EU-15 betrug die Akademiker-Arbeitslosigkeit zuletzt weniger als 10 Prozent. In den meisten Mitgliedsstaaten lag sie 2009 sogar unterhalb der 5-Prozent-Marke, was nicht weit von der Vollbeschäftigung entfernt ist.

Nur in Portugal, Irland, Griechenland und Spanien waren die Arbeitslosenzahlen für Akademiker zuletzt deutlich höher: Noch im Jahr 2007 hatte sich die Quote der erwerbslosen Hochqualifizierten in Irland auf nur 2,7 Prozent beaufen, bevor sie in den beiden Folgejahren krisenbedingt steil anstieg. Ähnlich war es in Spanien; hier waren 2009 fast doppelt so viele Akademiker ohne Job wie 2007.

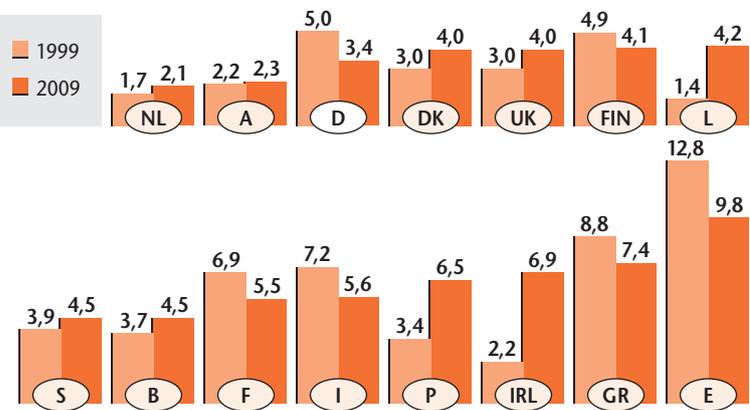
Weitgehend konstant ist die Akademiker-Arbeitslosigkeit in Deutschland: Seit fast 30 Jahren bewegt sie sich zwischen 3 und 5 Prozent – allen Berichten über den für Hochschulabsolventen schwieriger gewordenen Jobeinstieg zum Trotz. Auch die diversen Arbeitsmarktkrisen der vergangenen Jahrzehnte gingen an den Hochschulabsolventen hierzulande nahezu spurlos vorbei.

Hauptursache dafür ist, dass die voranschreitende Automatisierung und die Verlagerung von Produktionsstätten an kostengünstigere Standorte in erster Linie Menschen mit einem mittleren oder geringen Bildungsniveau treffen. Dementsprechend hoch ist die Arbeitslosenrate: In der Bundesrepublik waren im vergangenen Jahr 16 Prozent der Geringqualifizierten erwerbslos. Dieses höhere Arbeitslosigkeitsrisiko ist allerdings kein deutsches Phänomen: In Spanien beträgt die Erwerbslosenrate für Geringqualifizierte 25 Prozent und sogar in den Niederlanden immerhin noch 5,5 Prozent.

Der Arbeitsmarkt

Akademiker: Fast überall vollbeschäftigt

Akademiker-Arbeitslosenquoten in Prozent

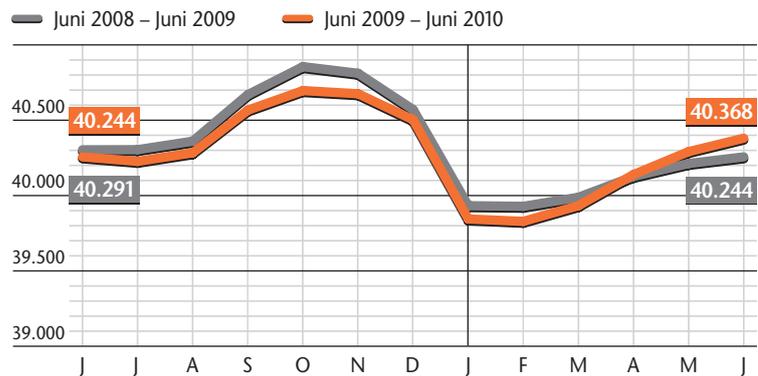


Luxemburg 1999: 2001
Quelle: Eurostat

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Beschäftigung

Erwerbstätige in Deutschland in 1.000

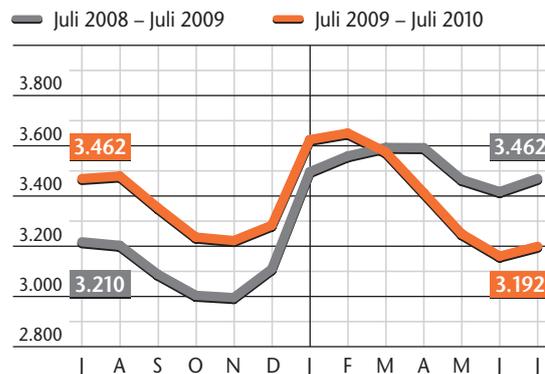


Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Arbeitslosigkeit

Arbeitslose in Deutschland in 1.000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Quote	West	Ost	
2009	J	7,0	12,9
	A	7,1	12,8
	S	6,9	12,3
	O	6,6	11,8
	N	6,6	11,8
	D	6,7	12,1
	2010	J	7,4
F		7,4	13,7
M		7,2	13,5
A		6,9	12,7
M		6,6	12,1
J		6,5	11,6
J		6,6	11,6

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Soziale Marktwirtschaft

Zusammenspiel bewährt sich

Die Wirtschaftskrise hat das System der Sozialen Marktwirtschaft auf die Probe gestellt. Doch das Zusammenspiel von Politik, Unternehmen und Sozialpartnern hat funktioniert. Hand in Hand hat man sich gegen die Krise gestemmt und letztlich bewiesen, dass die Soziale Marktwirtschaft gute Voraussetzungen bietet, um konjunkturelle Probleme zu lösen. So wurden in vorbildlicher Weise Rahmenbedingungen für den sich jetzt abzeichnenden Aufschwung geschaffen.

Deutschlands Unternehmen haben sich durch die Rezession nicht unterkriegen lassen. Sie haben während der zurückliegenden mageren Monate daran gearbeitet, aus der Krise gestärkt hervorzukommen – offenbar mit Erfolg. Das gilt vor allem für die deutsche Vorzeigebbranche, die Automobilindustrie. Dort sind die Kapazitäten vielerorts voll ausgelastet, es werden Sonderschichten gefahren und neue Jobs geschaffen.

Das Hochfahren der Produktion quasi aus dem Stand wäre ohne die zahlreichen Aktivitäten von Staat, Unternehmen und Tarifpartnern so nicht möglich gewesen. Die wichtigsten Maßnahmen im Einzelnen:

Der Staat stützt die Wirtschaft und rettet Jobs

Die Politik hat seit dem Ausbruch der Krise beherzt gehandelt und das im Grundsatz Richtige getan:

1. Rettung des Bankensystems. Der Bund hat hier gleich an mehreren Stellen eingegriffen. Er hat einen großen Anteil an der zweitgrößten privaten Bank – der Commerzbank – erworben und ist alleiniger Eigentümer der Hypo Real Estate (HRE) geworden.

Auf diese Weise konnte die Regierung vermeiden, dass das gesamte Bankensystem wie ein Kartenhaus zusammenfiel. Denn die Finanzinstitutionen sind eng miteinander verwoben, weil sie sich gegenseitig Geld leihen. Das staatliche Vorgehen nutzte auch den Unternehmen, die nach wie vor – mit gewissen Abstrichen – an frisches Kapital kommen und damit jetzt ihre Produktionskapazitäten erweitern können. Ohne ein funktionierendes Bankensystem wäre ein neuer Aufschwung im Keim erstickt.

Daneben hat der Staat Garantien für sogenannte Bankschuldverschreibungen gegeben. Dadurch konnten sich elf deut-

sche Banken zwischen Oktober 2008 und Dezember 2009 über die Ausgabe von Wertpapieren 89 Milliarden Euro beschaffen. Ohne diese Absicherung wären einige Geldhäuser nicht oder nur zu sehr hohen Kosten in der Lage gewesen, ihr Geschäft – insbesondere die Kreditvergabe – zu refinanzieren.

Die Kosten für die Garantiegewährung sind bisher überschaubar geblieben:

- Die Bürgschaften haben keine tatsächlichen Zahlungsströme an die Banken verursacht. Denn der Bund musste nicht für einen einzigen faulen Kredit in die Bresche springen.
- Die Garantien betragen in Deutschland rund 3,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das ist relativ wenig, wenn man über den Tellerrand blickt (Grafik).
- Wenn der Staat sich in Banken einkauft, führt das nicht automatisch zu einer gleich hohen Neuverschuldung. Denn der Staat erhält im Gegenzug Werte – beispielsweise Anteile an den Finanzunternehmen.

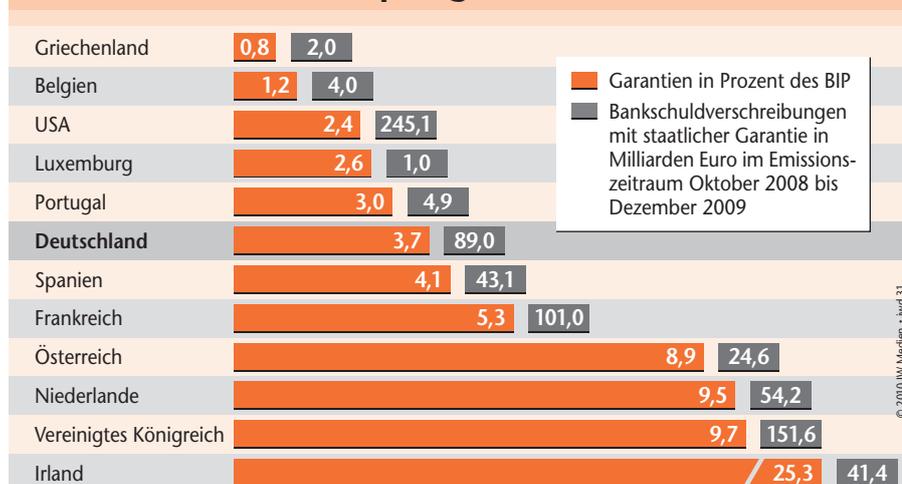
2. Konjunkturstützende Maßnahmen.

Die Bundesregierung hatte zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise zwei Konjunkturprogramme beschlossen, die beide Anfang 2009 in Kraft traten. Das erste hatte ein fiskalisches Gesamtvolumen von 4 bis 5 Milliarden Euro pro Jahr. Seine wesentlichen Elemente: die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung auf Maschinen für die Jahre 2009 und 2010 sowie die Ausweitung der steuerlichen Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen für Privathaushalte.

Das zweite Konjunkturpaket enthielt ebenfalls steuerliche Entlastungen, daneben aber auch ein umfangreiches Ausgabenprogramm. Dazu gehörte z.B. die Abwrackprämie. Ursprünglich waren für diese Maßnahme 1,5 Milliarden Euro vorgesehen. Aufgrund der großen Nachfrage wurde das Budget auf 5 Milliarden Euro aufgestockt.

Den Ländern und Kommunen hat der Bund in den Jahren 2009 und 2010 bis zu 10 Milliarden Euro für Zukunftsinvestitionen – z. B. die Renovierung von

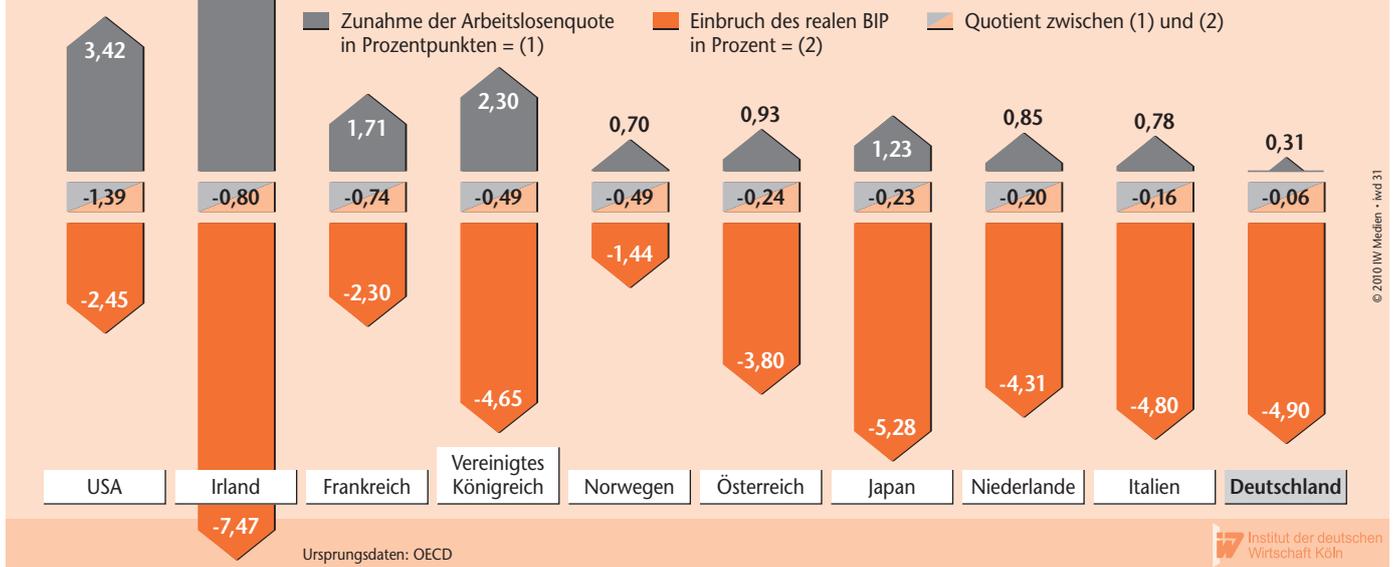
Finanzmarkt: Staat springt ein



Bankschuldverschreibung: Festverzinsliche Wertpapiere, die von den Banken ausgegeben werden. Sie versprechen dem Gläubiger die Rückzahlung des eingesetzten Kapitals zuzüglich einer festen Verzinsung. Im Falle einer staatlichen Garantie springt der Staat ein, sofern die Bank den Kredit nicht zurückzahlen kann. Ursprungsdaten: OECD, EZB

Deutschland: Gutes Krisenmanagement

Im Jahr 2009 betrug der Anstieg der Arbeitslosenquote in Deutschland in Relation zum Produktionsrückgang nur -0,06. Je näher der Quotient dem Nullpunkt kommt, desto besser ist der Arbeitsmarkt des jeweiligen Lands durch die Krise gekommen.



Schulen – bereitgestellt. Er selbst will zusätzliche Investitionen in Höhe von insgesamt 4 Milliarden Euro anschieben.

Die steuerlichen Maßnahmen fanden indes nur eine vergleichsweise geringe öffentliche Beachtung, obwohl sie eine kleine Einkommenssteuerreform bedeuteten. So wurden der Eingangssteuersatz von 15 auf 14 Prozent gesenkt und der Grundfreibetrag schrittweise von 7.664 auf 8.004 Euro angehoben.

Für Familien mit Kindern wurde 2009 zudem das Kindergeld einmalig um 100 Euro erhöht.

3. Arbeitsmarktpolitik. Im Großen und Ganzen ist Deutschland, was die Beschäftigung anbelangt, praktisch unbeschädigt durch die Wirtschaftskrise gekommen (Grafik):

Die Arbeitslosenquote war 2009 nur um 0,3 Prozentpunkte höher als ein Jahr zuvor, obwohl die Produktion um 5 Prozent eingebrochen ist.

Für das im Ausland als deutsches Beschäftigungswunder titulierte Ergebnis zeichnet die Politik ebenfalls zu einem großen Teil verantwortlich. Sie tat einiges, um den Unternehmen die Nutzung von Kurzarbeit zu erleichtern. So verlängerte sie die maximale Bezugsdauer des Kurzarbeitergelds und vereinfachte das Antragsverfahren. Zudem wurden die Sozialversicherungsbeiträge für die ausgefallene Arbeit von der Arbeitsagentur übernommen.

Kostenlos war das alles nicht. Im Jahr 2009 musste die Bundesagentur für Arbeit 4,6 Milliarden Euro für konjunkturell bedingtes Kurzarbeitergeld aufbringen; im Jahr 2008 waren es lediglich 110 Millionen Euro.

Zwar ging die Rechnung zunächst einmal an die Beitragszahler, doch in diesem Jahr wird die Bundesagentur voraussichtlich einen Milliardenzuschuss vom Staat benötigen.

Unternehmen haben richtig gehandelt

Die Betriebe haben hierzulande alles getan, um sich für die Zeit nach dem Crash gut aufzustellen. Vor allem zwei Maßnahmenbündel waren entscheidend: **1. Beschäftigte gehalten.** Das Kurzarbeitergeld wurde zwar von den Steuer- und Beitragszahlern subventioniert. Gleichwohl blieben die Betriebe auf Kosten sitzen, die trotz Kurzarbeitergeld anfallen, z.B. Sonderzahlungen und Personalfixkosten.

Hinzu kommt, dass viele Unternehmen ihre Belegschaften durch einen Abbau von Guthaben auf Arbeitszeitkonten und einen Abbau der Überstunden stabilisiert haben. Dadurch stiegen die Lohnstückkosten im vergangenen Jahr um mehr als 5 Prozent.

2. In Forschung und Entwicklung (FuE) investiert. Die Industriebetriebe haben nicht an den Investitionen in ihre eigene Zukunft gespart. Im Jahr 2008

hatten sie ihre FuE-Ausgaben um 7 Prozent auf 57,3 Milliarden Euro gesteigert. Laut Stifterverband Wissenschaftsstatistik waren 2009 schätzungsweise 57,4 Milliarden Euro vorgesehen.

Sozialpartner haben alles flankiert

In der diesjährigen Tarifrunde lagen die Lohnforderungen deutlich unter denen der Vorjahre. Die IG Metall beispielsweise einigte sich mit den Arbeitgebern der M+E-Industrie im Februar 2010 bereits mehr als zwei Monate vor dem Ende des laufenden Entgelttarifvertrags. Er wurde um elf Monate unverändert verlängert. Als Inflationsausgleich erhielten die Beschäftigten zwei Einmalzahlungen von je 160 Euro. Eine prozentuale Lohnerhöhung von 2,7 Prozent ist ab April 2011 vorgesehen.

Zurück zur Tagesordnung?

Der aktuelle Aufschwung darf nicht dazu verleiten, die Hände in den Schoß zu legen. Vor allem ist Vorsorge zu tragen, dass eine neue Bankenkrise schon im Ansatz erstickt wird und Vorkehrungen getroffen werden, die eine solche Krise – wenn sie trotzdem kommt – nicht mehr eskalieren lassen. Die Bundesregierung hat dazu einen Entwurf für ein Restrukturierungsgesetz vorgelegt, das die präventive Sanierung oder Reorganisation einer Bank erleichtern und die Eingriffsrechte der Finanzaufsicht ausweiten soll.

Radiofrequenz-Identifikation

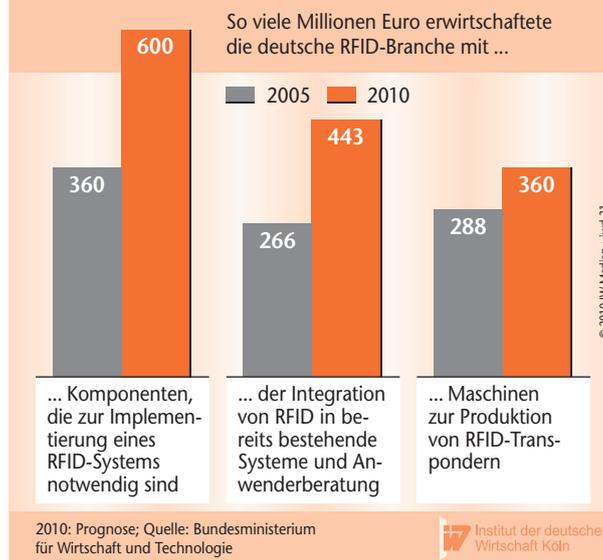
Der Pieps der Effizienz

Die Radiofrequenz-Identifikation (RFID) entwickelt sich zu einer der führenden Querschnittstechnologien in Deutschland. Die hiesige RFID-Wirtschaft wird im laufenden Jahr voraussichtlich rund 1,4 Milliarden Euro umsetzen. Damit ist das Geschäftsvolumen seit 2005 um durchschnittlich 9 Prozent pro Jahr gewachsen.

Wenn in Bremen oder Dresden die Mülltonnen geleert werden, erfassen die Abfuhrfahrzeuge jede einzelne Tonne und ordnen deren Abholgewicht den jeweiligen Haushalten zu. Statt ärgerlicher Volumenpauschale zahlen diese ihre Gebühren nur noch für den tatsächlich produzierten Müll. Möglich wird dies durch den Einsatz integrierter RFID-Transponder, die den Müllwerkern mitteilen, wessen Tonne sie gerade leeren.

Wenn auch vielleicht unwissentlich, so dürfte doch jeder Bürger bereits Erfahrungen mit der RFID-Technik gesammelt haben – sei es in Form von Bekleidungssetiketten, Eintrittskarten oder elektronischen Schlüsseln. Die Vorteile von RFID: Die Transponder sind vergleichsweise winzig und gleichzeitig kostengünstig. Und im Gegensatz zu bisherigen Barcode-Systemen bieten sie zudem eine kontaktlose Möglichkeit, Daten auszulesen und zu übermitteln.

Radiofrequenz-Identifikation: Ein Wachstumsmarkt



Diese Vorteile hat die Wirtschaft erkannt: Die RFID-Branche in Deutschland ist in der jüngeren Vergangenheit enorm gewachsen und kalkuliert für 2010 mit insgesamt rund 1,4 Milliarden Euro Umsatz (Grafik). Seit dem Jahr 2005 hat der Markt um durchschnittlich 9 Prozent pro Jahr zugelegt – und wird dies auch weiterhin tun.

Trotz der vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten greifen bisher vor allem Logistik und Handel auf RFID zurück: Inventuren können jederzeit und sehr einfach erledigt, die Kosten für Lagerkapazitäten, Rücksendungen oder Kommissionierung der Waren deutlich

reduziert und fehlerhafte Chargen zurückverfolgt werden. Der Handel profitiert darüber hinaus von den Möglichkeiten einer effizienten Diebstahlsicherung sowie einer Automatisierung des Bezahlvorganges.

Ihr ganzes Potenzial zeigt die Radiofrequenz-Identifikation jedoch erst, wenn sie in unternehmensübergreifenden Geschäftsprozessen eingesetzt wird. In der Automobilindustrie ermöglicht sie beispielsweise eine produktions-synchrone Anlieferung der benötigten Komponenten durch die Zulieferer. Damit das in der täglichen Praxis funktioniert, muss der Datenaustausch zwischen den beteiligten Unternehm-

men perfekt aufeinander abgestimmt sein. So unterstützt und berät etwa die Initiative PROZEUS gerade mittelständische Unternehmen bei der Einführung und Implementierung entsprechender E-Business-Standards (Kasten).

Mit der RFID-Technik lässt sich auch Produktpiraterie erfolgreich bekämpfen: In die (Original-) Bauteile werden kleine Transponder gesetzt, die Kontrolleuren mit einem Pieps die Echtheit bestätigen. Daher ist es nicht verwunderlich, dass die Europäische Zentralbank aktuell die Integration von RFID-Sendern in Euro-Banknoten erwägt, um diese noch besser gegen Geldfälscherei zu schützen.

RFID in der Praxis

Im Rahmen der vom Bundeswirtschaftsministerium geförderten Initiative PROZEUS (Prozesse und Standards – ein Projekt der Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult und der Organisation GS1 Germany) werden mittelständische Unternehmen in Sachen E-Business und -Standards unterstützt – zu diesem Bereich zählt auch die RFID-Technologie.

So nutzt z.B. das bayerische Unternehmen Algi Seifenfabrik GmbH & Co. KG die Radiofrequenz-Identifikation, um Material zu bestellen und einzelnen Aufträgen zuzu-

ordnen. Beim Wareneingang erhält jede Palette ein RFID-Label, über das die Identifizierung bei allen folgenden Materialbewegungen gewährleistet ist. Idealerweise erfolgt bei größeren Bestellmengen (z.B. Kartonagen) die Zuordnung des RFID-Labels bereits beim Lieferanten, was die Abwicklung des Wareneingangs und die Einlagerung vereinfacht.

Die neue Technik rechnet sich: Bevor die Bayern mit RFID arbeiteten, gingen jährlich 80 Stunden für Recherchen nach Fehlbuchungen verloren – heute sind es lediglich zehn Stunden pro Jahr.

Weitere Beispiele zum Einsatz der RFID-Technologie bei mittelständischen Unternehmen unter:

www.prozeus.de

Zusätzliche Informationen zu PROZEUS gibt es auch bei:

Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Consult GmbH
Manuela Alevrakis
Telefon: 0221 4981-842
E-Mail: alevrakis@iwkoeln.de

Kindergartengebühren

Im Norden und Osten höher

Die städtischen Kindergartengebühren in Deutschland klaffen weit auseinander. Seit 2008 sind die durchschnittlichen Elternbeiträge allerdings deutlich gesunken. Und mittlerweile gibt es unter den 100 bevölkerungsreichsten Städten nicht nur mehr eine einzige, die keine Kindergartengebühren verlangt, sondern neun.*)

Wenn es um die Betreuung von Kindergartenkindern geht, dreht sich die öffentliche Debatte häufig um den Ausbau der Kapazitäten und die Qualität der Betreuung. Ein Aspekt bleibt dabei meist außen vor – nämlich die Höhe der Kindergartengebühren.

Dass jede Kommune die Preise für einen Krippen- und Kindergartenplatz in Eigenregie festlegen kann und manche – etwa Iserlohn – nicht einmal die Berechnungsformeln veröffentlichen, macht die Gebührenübersicht kompliziert. Zwar gibt es eine Informationspflicht der öffentlichen Verwaltung gegenüber den Bürgern, doch nur wenige Städte bieten die Möglichkeit, sich einen persönlichen Überblick zu verschaffen. In Jena zum Beispiel kann man sich per Onlinerechner eine Kindergartengebührensübersicht ermitteln lassen.

In diesem Gebührenlabyrinth auch überregional mehr Transparenz zu schaffen, ist Ziel des Kindergartenmonitors, den die Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) Consult nunmehr zum zweiten Mal erstellt hat. Wie schon im Jahr 2008 wurden dafür die Elternbeiträge in den kommunalen Kindergärten der 100 größten deutschen Städte für die jeweilige Mindestbetreuungszeit – in der Regel sind das vier bis fünf Stunden täglich – verglichen. Die wichtigsten Ergebnisse:

Erstens. In Deutschland herrscht nach wie vor ein großes Preisgefälle (Grafik). So ist in neun Städten der Kindergartenbesuch für Drei- bis Sechsjährige kostenlos: in Düsseldorf, Hanau, Heilbronn, Kaiserslautern, Koblenz, Ludwigshafen, Mainz, Salzgitter und in Trier. Anderswo geht die Betreuung dagegen zum Teil ordentlich ins Geld: In Potsdam fallen für

gut verdienende Eltern mit zwei Kindern im Vorschulalter jährliche Gebühren in Höhe von 3.696 Euro an. Sie sind damit zweieinhalb Mal so hoch wie im Städte-Durchschnitt, der bei 1.468 Euro für diese Modellfamilie liegt.

Dass die Gebührenübersicht so intransparent ist, liegt an den Berechnungsmodalitäten: Viele Kommunen koppeln die Berechnung der Kindergartengebühren an individuelle Faktoren – zum Beispiel an das Elterneinkommen. Dahinter steht die Idee, besser verdienende Väter und Mütter stärker zu belasten als schlechter verdienende. Fast überall wird auch für Geschwisterkinder eine Ermäßigung gewährt.

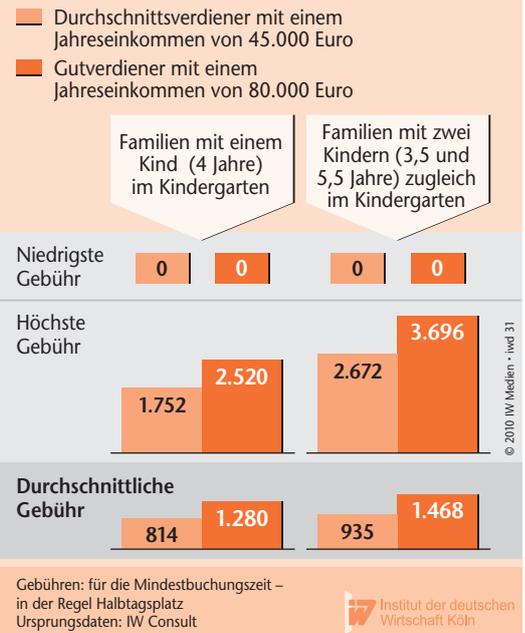
Große Preisgefälle gibt es zudem in den untersuchten Städten zwischen Nord und Süd sowie zwischen Ost und West. So sind die Kindergartengebühren in den neuen Bundesländern im Schnitt höher als in den alten. Das hängt hauptsächlich damit zusammen, dass es im Osten weniger Gebührenfreistellungen für einzelne Kindergartenjahre und auch geringer ausfallende Ermäßigungen für Geschwisterkinder gibt als im Westen. Auch Familien, die im Norden leben, geben vergleichsweise mehr aus als in München oder Nürnberg:

Eine Familie mit 80.000 Euro Jahreseinkommen zahlt in Norddeutschland im Schnitt für einen Kindergartenplatz rund 1.500 Euro im Jahr – das sind rund doppelt so hohe Gebühren wie im Süden.

Hierfür gibt es zwei Gründe: So werden in den südlichen Bundesländern häufiger Gebühren unabhängig vom Einkommen erhoben als im Norden, wo die Kommunen die Kindergartentarife häufiger an den elterlichen Verdienst koppeln. Zudem gewähren die norddeutschen Städte seltener Gebührenfreistellungen für einzelne Kindergartenjahre.

Kindergartengebühren: Riesige Unterschiede

Gebühren in städtischen Kindergärten für das Jahr 2009/2010 in Deutschlands 100 größten Städten, in Euro



Zweitens. Gute Nachrichten für Eltern: Trotz Wirtschaftskrise sind die Kindergartengebühren im Vergleich zur 2008er-Erhebung im Durchschnitt gesunken. Zwei Beispiele: Für ein gut verdienendes Paar mit zwei Kindern im Kindergartenalter sanken die Gebühren in den vergangenen zwei Jahren um 12 Prozent; bei Eltern mit einem mittleren Einkommen reduzierten sich die Beiträge im Schnitt sogar um 16 Prozent.

Zwar mussten einige Städte wegen ihrer Schuldenlast jüngst auch die Elternbeiträge für die Kleinen erhöhen, doch unterm Strich gibt es einen generellen Trend zu Gebührenfreistellungen.

Im Jahr 2008 war das letzte Kindergartenjahr vor der Schule erst in fünf Bundesländern kostenlos; 2010 war dies bereits in neun Ländern so.

Darüber hinaus bietet Rheinland-Pfalz als bisher einziges Bundesland alle Kindergartenjahre kostenfrei an, seit August sogar schon für Kinder ab dem zweiten Lebensjahr.

*) Weitere Informationen unter: www.insm-kindergartenmonitor.de

Ideenmanagement

Vom Mitarbeiter zum Mitdenker

Beim betrieblichen Ideenmanagement geht es für ein Unternehmen schon vorrangig darum, Kosten zu sparen oder Produktionsabläufe zu verbessern. Das Instrument ist aber auch eine wichtige Motivationshilfe für die Belegschaft.

Mitarbeiter kennen ihr Arbeitsumfeld genau und wissen, wo etwas nicht rundläuft. In vielen Unternehmen gibt es deshalb ein Ideenmanagement, in das die Beschäftigten ihre Verbesserungsvorschläge einspeisen können. Im besten Fall winken dann stattliche Prämien. Wenn aber Arbeitnehmer eine Idee auf einem Formular bei der „Kommission für das Verbesserungswesen“ einreichen und Monate auf eine Antwort warten müssen, werden sie demotiviert – vor allem, wenn ihr Vorschlag abgelehnt wird und die Begründung weder nachvollziehbar noch transparent ist.

Die meisten Beschäftigten sind aber laut der Global Workforce Studie 2010 der Unternehmensberatung Towers Watson hoch motiviert und wollen ihren Aufgabenbereich verantwortlich gestalten.

Ganz anders verhält es sich in Unternehmen, die Ideenwettbewerbe ausschreiben oder über ein gut durchdachtes Ideenmanagement verfügen. Hier ist für die Mitarbeiter klar ersichtlich, dass ihr Arbeitgeber vom Wissen seiner Beschäftigten profitieren will, und sie fühlen sich

mit ihren Verbesserungsvorschlägen ernst genommen. Um die Vorteile dieses Vorgehens wissen auch die unmittelbaren Vorgesetzten:

Neun von zehn von der Technischen Universität Clausthal befragte Industriemeister sehen das Ideenmanagement als Motivationsfaktor für die Belegschaft – auch, weil die realisierten Vorschläge die Arbeit erleichtern.

Den Firmen kommt ein effizientes Ideenmanagement ebenfalls zu Gute. Schließlich haben sie häufig Probleme, deren Lösung nur gemeinsam mit den Angestellten gelingen kann: Beispielsweise können Lieferengpässe auftreten, weil die Zusammenarbeit zwischen den Abteilungen schlecht funktioniert, oder Ressourcen werden verschwendet, weil mehrere Abteilungen dieselben Aufgaben lösen.

Dennoch gilt es in einigen Betrieben noch immer als Untugend, sich in andere Zuständigkeitsbereiche einzumischen, abteilungsübergreifend Vorschläge zu machen oder seinen Mitarbeitern Freiräume für eigene Ideen zu geben. Die Konsequenz: Viel kreatives Potenzial, das zur Stärkung der Wettbewerbsposition eines Unternehmens beitragen könnte, bleibt ungenutzt.

Dabei haben beide Seiten etwas vom betrieblichen Vorschlagswesen – sowohl die Firma als auch die Mitarbeiter: Durchschnittlich wurden Ideen im Jahr 2009 mit 170 Euro vergütet (Tabelle). Im Einzelfall zahlt ein Unternehmen aber auch deutlich höhere Beträge – beispielsweise, wenn ein Arbeitnehmervorschlag zu Einsparungen von mehre-

Ideenmanagement:



Zahl der Vorschläge je 100 Beschäftigte ...	2007	2008	2009
... in der Automobil-Zulieferindustrie	200	182	170
... im Maschinenbau	88	91	71
... in der Chemischen Industrie	56	52	47
... bei Banken	13	16	15
... bei Versicherungen	20	15	15
... bei öffentlichen Körperschaften	7	7	4
... in der Gesamtwirtschaft	72	70	60
Durchschnittliche Prämie je Idee in Euro	183	190	170
Höchstprämie in Euro	435.570	534.851	163.000
Durchschnittlicher errechenbarer Nutzen je Idee in Euro	6.462	6.022	5.070

© 2010 IW Medien - iwd 31

jährliche Auswertung des Ideenmanagements von 246 bis 290 Unternehmen; durchschnittlicher errechenbarer Nutzen: So viel Geld sparte ein Vorschlag einem Unternehmen oder brachte ihm zusätzlich ein. Der Nutzen von Vorschlägen mit qualitativen Verbesserungen (Umweltschutz, Arbeitssicherheit, Arbeitsklima) wurde in der Studie geschätzt. Quelle: Deutsches Institut für Betriebswirtschaft

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

ren 100 Millionen Euro pro Jahr führt. Das war unlängst etwa bei der Deutschen Bahn der Fall, bei der ein Mitarbeiter eine Methode entwickelte, Schienen zu reparieren, ohne sie dafür ausbauen zu müssen.

Im Durchschnitt zahlte sich jede umgesetzte Idee für das jeweilige Unternehmen 2009 mit mehr als 5.000 Euro aus – in Form von niedrigeren Kosten oder höheren Umsätzen. In den Jahren zuvor hatte dieser berechenbare Nutzen sogar über 6.000 Euro betragen.

So belegt eine Studie des Marktforschers EuPD Research, dass das Vorschlagswesen oft die profitabelste Abteilung ist. Für jeden ins Ideenmanagement investierten Euro bekam ein Unternehmen 9,60 Euro zurück – und zufriedener Mitarbeiter obendrein.

Für Adressaufkleber